



Jochen Bülow

Mitglied des Kreistages Neuwied

Zum Wiesenhof 1

57614 Niederwambach

Breibach, den 14. Februar 2012

Pressemitteilung

Kommunaler Finanzausgleich: Lavieren auf höchster Ebene

Der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz hat entschieden: Der kommunale Finanzausgleich verstößt in weiten Teilen gegen die Landesverfassung. Aber erst für 2014 muss das Land diesen Zustand ändern – obwohl die Landesregierung die Kreise seit 2007 mit nicht ohne massive Verschuldung finanzierbaren Zusatzaufgaben alleine lässt. Hierzu erklärt Jochen Bülow, stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Kreistag Neuwied:

„Einmal mehr müssen Gerichte der rot-grünen Landesregierung erklären, dass ihr Verhalten rechtswidrig ist. Pikanterweise ist es ein SPD-Landrat, der einer bis zum vergangenen Jahr allein von der SPD geführten Landesregierung gerichtlich bescheinigen lässt, dass das finanzielle Ausquetschen der Kommunen verfassungsrechtliche Grenzen hat. Das ist gut so.“

Bedauerlich und vor dem Hintergrund der konkreten Situation in Neuwied kaum nachvollziehbar ist, dass eine Änderung des kommunalen Finanzausgleichs erst ab 2014 erfolgen muss – und dass die bis dahin vergangenen sieben Jahre unter den Tisch fallen. Das Urteil ist ein Lavieren auf höchster Ebene. Die Lehre für die Landesregierung lautet deshalb: Selbst wenn eine verfassungswidrig geringe Finanzierung der Kommunen vor Gericht Schiffbruch erleidet, bleibt dies folgenlos. Der Landesfinanzminister darf sich darüber freuen, dass er nicht bezahlen muss, was den Kreisen in der Vergangenheit von Rechts wegen zugestanden hätte. Sicher fallen Herrn Kühl für dieses Geld Verwendungsmöglichkeiten zugunsten der Bürgerinnen und Bürger ein – vielleicht für ein neues, wieder einmal wegweisendes Konzept am Nürburgring...

DIE LINKE fordert deshalb weiterhin, dass der Landtag endlich ein kommunales Finanzierungsgesetz beschließt, das der Willkür von Landesregierungen einen Riegel vorschiebt. Nur so ist Finanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge und die notwendige demokratische Teilhabe sicher zu stellen.“

Stand: 14.02.2012

Kontakt: Jochen Bülow, Stellvertr. Fraktionsvorsitzender, mobil: 0170 903 3270